

ten, soweit sie davon absehen mußten, ein eigenes Heim zu gründen, werden nach dem Kriege ihre eigene Wohnung haben wollen. Viele, die unter anderen Verhältnissen eine größere und bessere Wohnung gewohnt haben würden, werden mit einer kleinen Wohnung anfangen müssen. Zerstörte Häuser, die aus Anlaß des Krieges aufgegeben wurden, werden nach seiner Beendigung sofort geschlossen werden. Mehr, als aus dem Kreis der „Notleidenden“, werden unter dem Druck der Verhältnisse sich einschließen und eine kleinere Wohnung suchen müssen. In den Großstädten und Industriestädten ist damit zu rechnen, daß infolge der Arbeitslosigkeit der Kriegsindustrie der Bedarf an Kleinwohnungen derart erheblich ist, daß er dem Bedarf der Gemeindefreunde in keiner Weise genügt.

Die Lösung der Aufgabe, die hier besteht, darf nicht am Kostenpunkt scheitern. Und auch damit noch ist es schwer, einen Weg zu finden, der ein monatlanges Provisorium vermeiden läßt. Es fehlt heute an Baumaterial, es fehlt an Arbeitskräften. Aber an einem darf es nicht fehlen: daß mit dem Augenblick, da die Arbeitskräfte in Heberfülle im Lande sind, die Arbeit beginnen kann. Hierzu gehört, daß die Bauwesenwissenschaften Land und Bauwesenplan bereit haben; daß die Städte mit den Aufschätzungen vom Land und den Siedlungsplänen fertig sind; daß Reich und Staat das zum Bauen nötige Geld bereitgestellt und eine Kreditorganisation geschaffen haben, die eine glatte Abwicklung der Baugeschäfte verbürgt; daß die großen, durch die Kriegsindustrie reich gewordenen Unternehmer ihre Pläne für den Bau von Arbeiterwohnungen fertig haben (man denke mit gemäßigter Gefühlheit hieran. D. H.); daß niemandes einer dem anderen entgegenarbeitet; daß das ganze Werk nach einheitlichem Plan in Angriff genommen wird.

Für diese ungeheuer wichtigen Vorarbeiten steht der Verfasser kaum mehr als einzelne Anlässe vorhanden. Aber selbst nach ihrer Bewältigung könnte man ohne ein Probitorium für die ersten Monate nicht aus. Die heimkehrenden Massen gibt es sofort mitzubringen. Dabei geht es ohne einen mitgehenden gewissen Zwang und eine gewisse Freiheitsbeschränkung nicht ab. Für die jüngsten Jahrgänge, soweit sie nicht in das Haus ihrer Angehörigen zurückkehren können, und für die Unverheirateten können für eine Uebergangszeit, soweit andere Wohngelegenheiten fehlen sollten, die Kasernen in Betracht — unter Ausschaltung jedes militärischen Zwanges. Es ist angeregt worden, auch die Gefangenenlager für die Unterbringung wohnungsloser Krieger bereitzustellen. Ein Gedankenverzicht der Verfasser, schon aus psychologischen Bedenken. Wenn es nötig werde, diese Lager mit zu benutzen, so können sie eher für die unter der Waffen zurückgehaltenen Jahrgänge und die neu eingezogenen Soldaten für die Zeit des Probitoriums in Frage. Aber diejenigen Industriewerke, die nach Lage der Dinge sofort nach Friedensschluß größere Massen von Arbeitern aufnehmen können, hätten Vorkantlager bereitzustellen, die natürlich den Ansprüchen der Hygiene und Sicherheit genügen sollen.

Den Verheirateten und allen übrigen Wohnunglücklichen sei eine Wohnungsvermittlung unter Leitung der Ortsbehörde zur Seite zu stellen. Sie habe sich vor dem Friedensschluß einzuarbeiten. Nicht nur durch Statistiken, sondern durch persönliche Eindrücke müsse sie ein genaues Bild über die Lage gewonnen haben. Wo für den Anfang Wohnungen heranzugreifen sind, die nicht mehr auf der Höhe der Anforderungen stehen, muß sie die notwendigen Veränderungen erzwingen können; sie muß die großen leerstehenden Wohnungen der Unterbringung kleinerer Familien nutzbar machen; sie muß bei der Gestaltung der Mietpreise mitwirken, ihre willkürliche Steigerung und jegliche Ausbeutung der Notlage einzelner durch die Hausbesitzer unterbinden können; sie muß die allmählich leer werdenden Lazarette für die Unterbringung der Feindesgefangenen nutzbar machen. Ein Etat von qualifizierten Arbeitskräften — auch weiblichen — und miteinstufende Rechte der Wohnungsämter sind hierzu die Vorbedingung.

Mit der Frage der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses berührt sich die der Ernährung. Es darf keine Entlassung von Truppen stattfinden, ohne daß die Frage der Lebensmittelüberführung reguliert ist. Den Regimentskern, Bataillonen und Kompanien müssen die Verwaltungen mit dem Lebensmittel aus dem Lager folgen, und bei der Rationierungsentlassung muß die Familie der Lebensmittelämter der Zentren, wo die entlassenen Rationisten wieder zusammenströmen, geordnet sein. Zugleich aber muß Sorge für die Ordnung der Verteilung von da aus im Lande getroffen sein. Das erste ist Sache der Regelung mit den Militärbehörden, das zweite wird Sache der Kommunen sein. Es ist anzunehmen, daß zunächst die fortgesetzte Nationalisierung der Lebensmittel noch unumgänglich ist und daß die Massenpreise noch eine erhebliche Rolle spielen wird. Das mag darüber tröpfen, wenn hier und da die Einrichtungen der Massenpreise jetzt nicht voll ausgenutzt werden; sie werden in der Zeit des Ueberganges noch eine erhebliche Rolle spielen.

Aber von höherer Bedeutung noch als die Wohnungs- und Ernährungsfrage ist die Frage der Heberführung der Heimgekehrten in Beruf und Verdienst. Soweit wie möglich und wie die Wünsche reichen, soll das eine Führung in den alten Beruf, und wenn möglich in die alte Arbeitsstätte sein. Aber die völlige Vereinstung dieser Masse wird ein unerfüllbares Ideal bleiben. Dementsprechend der Verfasser ein bemerkenswertes psychologisches Substrat zu überwinden. Viele der kämpferischen Arbeiter werden Heim, sie hätten ein besseres Los verdient, als an ihre alte Arbeitsstätte zurückzuführen. Gewiß gibt es auch dazwischen, die kein schärferes Los vor Augen haben, als ihre alte Arbeit wieder aufzunehmen. Die Zahl der Andersdenkenden sollte man nicht unterschätzen. Da geht es für Staat und Arbeiterorganisation, für Arbeitsnachweis, Berufsberatung und Heberführung um die Verweisung aller Fälle so ausgebaut und in besonderer Vorbereitung sein, daß sie den denkbar günstigsten Ausgleich herbeizuführen imstande ist. Schließlich ist es aber Sache des Staates und der Gesamtheit des Volkes, mit allen Mitteln,

aus jolden der Gewährung politischer Rechte, die Achtung vor der Gendarbeit, das Fütchen der unteren Volksschichten zu leben.

Daneben steht die Frage der Ausbildung und Heberführung der Kriegsverletzten für einen passenden Beruf, damit sie selbst sich wiederfinden und seine Wirtschaftskraft freizulegen bleibt. Und dann die Schaffung der neuen Wirtschaftslage für alle Industrie- und Aufträge, Nachfrage, Handelsbeziehungen mit dem Ausland, Beitragsverfolgung der Erfahrungen und neuen Wege im eigenen Lande. Die der Krieg und beigetragen und geeignet hat. Es würde dem Rahmen dieses Artikels weit übergehen, referenzweise auch noch das Wichtigste wiederzugeben, was der Verfasser hierüber sagt. Was einmal die Prognose — auch sie — gibt in punktoher und geographischer Zusammenfassung eines Massens, wieweil Zeitmessung und direkt Notwendiges allein die Frage der Beschäftigung zu lösen gibt. Viele Dinge zu sehen — und das ist wichtig — auch bei dem Leiden unter und dem Überzeugenden Eindruck hinterlassen, daß wir uns den Luxus jugendlicher Preispolitik in der Bewegung nicht leisten können, wenn wir es nicht bitter büßen wollen.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Die Versammlung vom 12. August beschloß sich mit dem Beschluß der erweiterten Bezirksleiterkonferenz am 4. August. Danach soll ab 1. Oktober 1917 von allen Mitgliedern ein Kriegs-Beitragsbeitrag von 10 Pf. pro Woche erhoben werden. Kollege Redert gab die Gründe bekannt, die den Verbandsvorstand zur Erhebung des Beitrages und die Konferenz zur Annahme des Antrages veranlaßten. Die Gründe gegen eine Erhebung (die des von Braunschweiger Kollegen entworfenen Beitrags) sind: Die Gründe dieses Beschlusses sind in Nr. 35/17 der „Verbandszeitung“ dargelegt; sie brauchen nicht noch einmal wiederholt zu werden.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß auch die Braunschweiger Kollegen sich den durchschlagenden Gründen, die zur Erhebung des Beitrages Veranlassung geben, nicht widersetzen können. Nur die Minderheit auf die infolge eines früheren Beitrages erschwerte Agitation unter den unorganisierten Kollegen habe den Braunschweiger Delegierten bestimmt, gegen den Antrag zu stimmen. Die Versammlung stimmte dem Beschluß der Konferenz zu, daß ab 1. Oktober 1917 ein von 10 Pf. höherer Beitrag von allen Mitgliedern zu erheben wird. Ein Schreiben der Zentralverwaltung Braunschweig an die Kreisverwaltung, betr. Beiträge an die Generalkommission, wird demnächst veröffentlicht.

Alsdann wird Stellung zur Tariffrage in den Brauerien genommen. Allgemein kommt zum Ausdruck, daß die Verhältnisse der Braunschweiger Kollegen gegenüber denselben in anderen Gewerkschaften noch nicht zufrieden und daß es endlich Zeit sei, den Ausgleich herbeizuführen. Im Anbetracht der vorgezeichneten Zeit bis zur Kündigung des Vertrages wurde Kollege Fülle-Sumner beauftragt, die notwendigen Vorarbeiten zur Einleitung der Verhandlungen für die Kündigung des Vertrages zu erledigen. Wert soll dieses Mal vor allem auf die Erhöhung der Grundlöhne und auf eine Erhöhung der Ueberstundenlöhne gelegt werden. Um dieses durchzuführen, bedarf es einer geschlossenen gewerkschaftlichen Organisation. Bei der Aufnahme aller Elemente und die Einigkeit der Gewerkschaften Schwebende aus den Zusammenhängen der Kollegen ferngehalten, wurde die Versammlung geschlossen.

Bremen. Auf erneute Eingabe wurde die Teuerungszulage für alle Klassen ab 1. Juli verhandelt. Es erhalten nunmehr die verheirateten Arbeiter 30 Pf., die unverheirateten Arbeiter über 16 Jahre und die verheirateten Frauen 20 Pf., die unverheirateten Arbeiterinnen 20 Pf. und die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren 10 Pf. Ueber die Erhöhung der Ueberstundenlöhne sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Witten. Die Schlesischen Mühlenwerke in Schottlich und Gartlieb, die Sophien-, Marien-, Whänig- und Clarenmühle II, sowie die Linnemühle in Areslau bewilligten, was dieser Woche ab eine Zulage von 3 Pf. und erhöhen die Ueberstunden des Bodentags auf 70 Pf. und des Samtags auf 7 Pf.

Mit der Siederröhre (Kassinerer) sind die Verhandlungen bereits aufgenommen.

Die Brauerei in Cottbus erhielt die Teuerungszulagen von 5,00 Pf. auf 9 Pf. für verheiratete, von 4,50 Pf. auf 8 Pf. für ledige und von 3,50 Pf. auf 6 Pf. für weibliche Arbeiterinnen und erhöhte die Ueberstunden auf 3 Pf. für männliche und um 10 Pf. für weibliche Arbeiterinnen, sowie die Samtags- und Sonntags- und Feiertags- auf 10 Pf.

Die Breslauer Aktien-Walzfabrik erhöhte die Teuerungszulagen auf 10 Pf. für verheiratete, 9 Pf. für ledige und 6 Pf. für weibliche Arbeiterinnen, sowie einen Zuschlag von 5 Pf. pro Ueberstunde.

Freiburg i. S. Die Vereinigten Brauereien bewilligten eine Teuerungszulage von 2 Pf. pro Woche. Einer Verhandlung mit Kollegen Linger muß der Herr Direktor zwar aus, bewilligte aber die Zulage.

Wetzlar. Die Gasleitungsbräuererei erhöhte die Teuerungszulagen pro Woche auf 10 Pf. für verheiratete, 9 Pf. für ledige und 6 Pf. für weibliche Arbeiterinnen, sowie einen Zuschlag von 5 Pf. zu den bisherigen Ueberstundenlöhnen und einen Zuschlag von 1,50 Pf. für die Samtags- und Feiertags- und Sonntags- und Feiertags- auf 10 Pf.

Gumburg. Die Mühle S. M. Lange u. Co in Altona bewilligte eine Zulage von 3,50 Pf. pro Woche. Erhöhung der Ueberstundenlöhne um 10 Pf. für Arbeiter, außerdem 10 Pf. Schmutzgeld pro Tag. Die Arbeiter vor dem Gericht erhalten bei 12stündiger Arbeitszeit zwei Ueberstunden bezahlt, früher nichts. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden bei 12stündiger Schicht.

Leipzig. Die Brauerei Frankenhäuser bewilligte eine Erhöhung der Teuerungszulage um 3,50 Pf. pro Woche.

Hirschberg. Die Brauerei E. Gasse in Breslau erhöhte für ihre Niederlage in Hirschberg die Teuerungszulage auf 10 Pf. 9 Pf. 6 Pf., sowie 25 Pf. Zuschlag pro Ueberstunde.

Mühlbach. In der am Sonntag, den 12. d. M., stattgefundenen Mitgliederversammlung hatten sich die Kollegen mit der Vertragskündigung zu befassen. Nach dem eingehenden Bericht des Vorsitzenden wurde einstimmig beschlossen, die Beiträge ab 1. Oktober um 10 Pf. pro Woche zu erhöhen. Ebenso fand der Antrag des Kollegen Gumbert, daß die Kollegen, aus deren Beiträgen 50 Pf. an die Samstagszulage abzuführen sind, ab 1. Oktober 70 Pf. für die Samstagszulage zu leisten haben, einstimmige Annahme. Auch diesen Beschluß wird bestimmt, daß ab 1. Oktober für die Klassen I und II, soweit die Kollegen nicht freiwillig die 60 Pf.-Klasse wählen, 70 Pf. und für jugendliche und weibliche Mitglieder 50 Pf. Beiträge pro Woche für die Samstagszulage in Frage kommen.

Wien. Die Leipziger Walzfabrik in Seidenitz bewilligte eine Teuerungszulage von 4 Pf. auf 11 Pf. pro Woche.

Leipzig. In der am 12. August abgehaltenen Mitgliederversammlung berichtete Kollege Gumbert über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Brauereibetrieb Leipzig wegen einer weiteren Erhöhung der Teuerungszulagen. Die ursprünglich gestellten Forderungen konnten nicht aufrechterhalten werden bei den Verhandlungen, doch wurde als Resultat eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen von monatlich 18 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Beschäftigte erreicht. Die Unterfertigung sieht sich nun wie folgt zusammen:

für unverheiratete Arbeiter unter 16 Jahren	monatl. 40 Pf.
für verheiratete Arbeiter bis mit 35 J.	„ 54 „
für verheiratete Arbeiter von 36—	„ 61 „
für verheiratete Arbeiter über 35 J.	„ 61 „
für Arbeiterinnen	„ 48 „
für Kinder unter 14 Jahren	„ 2 „

Als wesentlicher Fortschritt kommt in Betracht, daß es gelungen ist, der Brauereibetrieb Leipzig dahin zu bringen, daß er sich vom Schlichter-Königsberger Brauereibetrieb die Erhöhung erteilen lassen will, von 1. September d. J. ab die Teuerungszulage in monatlichen Raten zahlen zu dürfen. — Gegen eine erhebliche Minderheit wurde das Angebot der Brauereien angenommen.

In der Angelegenheit der Mühlenarbeiter lag ein Schreiben der Mühlenvereinsung vor, bezuglich auf die bereits gestellten Teuerungszulagen eine Zulage von 30 Pf. pro Arbeitstag zugesagt werden soll. Die Teuerungszulage in der Mühlen beträgt nunmehr monatlich 10,50 Pf. oder pro Arbeitstag 1,75 Pf. In der anschließenden Debatte stellte sich heraus, daß in einigen Betrieben noch Differenzen über diese Frage bestehen und wurde der Vorstand beauftragt, durch Fragebogen hierüber die nötige Klarheit zu schaffen und zur Abhilfe zu sorgen.

Der Bericht von der Konferenz in Weimar erhaltete Kollege Wolf. Nach Anstellung der Finanzlage des Verbandes durch den Hauptmann habe die von 40 Personen besetzte Konferenz eine Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. pro Person und Woche für alle Berufsgruppen mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab zugestimmt. Die Mitgliederversammlung erklärte ihre Erwerbslosigkeit mit diesem Beschluß gegen eine Stimme.

Wien. Der Verband der vereinigten Brauereien von Mainz und Umgebung bewilligte ab 10. August 1917 eine weitere Teuerungszulage von 2 Pf. für alle verheirateten Arbeiter beiderlei Geschlechts und 1 Pf. für ledige beiderlei Geschlechts. Für jedes Kind, das das 15. Lebensjahr noch nicht erreicht hat, werden, wie bisher, 50 Pf. pro Woche gezahlt.

Witten i. S. Die Brauereien bewilligten eine Erhöhung der Teuerungszulage von 20 auf 30 Pf. pro Monat. Für Ueberstunden soll ein Zuschlag von 20 Pf. gezahlt werden.

Wetzlar. Die Genossenschaftsbrauerei in Graischwitz-Schweidnitz erhöhte die Teuerungszulagen von 7 Pf. auf 10 Pf. für verheiratete, von 6 Pf. auf 8 Pf. für ledige und von 5 Pf. auf 6 Pf. für weibliche Arbeiterinnen, sowie 5 Pf. Zuschlag für die Ueberstunden.

Waldenburg. Die Waldenburger Brauhaus erhöhte die Teuerungszulagen von 6 Pf. auf 10 Pf. und von 4 Pf. auf 6 Pf. pro Woche, sowie den Frauen den Stundenlohn von 30 auf 35 Pf.

Witten i. S. Die Genossenschaftsbrauerei des Kriegerberges in Rarmkrum gewährte ebenfalls eine Teuerungszulage von monatlich 6 Pf. für sämtliche Arbeiterinnen.

Waldenburg. Die Brauereien Brauhaus, Bürgerbräu und Brauerei Feer bewilligten eine Erhöhung der Teuerungszulage um 4 Pf. pro Woche, einschließlich Frauen; die Jugendlichen unter 17 Jahren erhalten 2 Pf. pro Woche.

Kundigen.

Aus Industrie und Beruf.

Uffshausen Mühlen. Im Gessen-Kassanischen Kreis Günsfeld sind 21 Mühlen wegen Verstoßes gegen die Maßbarmessungen von der Besohde geschlossen worden.

Das fürstliche Landratsamt Gera erläßt folgende Bekanntmachung: Durch Revisionen der Meidingerbetriebe sind in zahlreichen Mühlen des Bezirkes insbesondere solche, die für Selbstverbraucher gemahlen haben, erhebliche Unregelmäßigkeiten festgestellt worden. In einem Anzahl von Mühlen waren die Berechnungen so bedeutend, daß sie bis auf weiteres geschlossen werden mußten. Die beteiligten Kreise fordern wir daher auf, im neuen Geschäftsjahr die erlangenen Vorschriften auf das gewissenhafteste zu beachten. Ihre Einhaltung werden wir durch nachherige Besu-

waren ständig nachprüfen lassen. Werden erneut Mängel...

Rechtsprechung der Selbstbetriebe und Selbstbetriebsstellen...

Veranstaltung in Kopenhagen? Aus Kopenhagen wird gemeldet...

Vertriebskonzentration in der Textilindustrie. Die Breslauer Spritfabrik...

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

1963 neue Mitglieder hat der Bergarbeiterverband im ersten Halbjahr 1917 gewonnen...

Was werden wir über verhältnismäßig ähnliche Größte berichten können?

Am 1500 Mitglieder hat der Tuchbinderverband im ersten Halbjahr 1917 gewonnen...

Aus der Unternehmerrorganisationen.

Die „Berater im Kampf“. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände...

Die Arbeiter sind bestrebt, die Arbeiter, namentlich der Metallindustrie...

Die Arbeitgeber sind bestrebt, die Arbeiter in wirtschaftlicher Hinsicht zur Vermeidung...

Abrechnung zum folgenden Anknüpfen Nr. 35 M über Verhandlungen...

Am 11. Juli 3 des Gewerkschaftsgesetzes müssen in allen Gewerkschaften...

den Vertrag im Arbeitgeberverband verhaft. Wenn ihr Standpunkt...

Vollständiges Sozial...

Das Konjunkturfieber verhalten. Seit dem bei der beantragenden...

So schnell werden Millionen in Konjunkturfabriken „verdient“...

Zeitungsempfänger!

Wiederholt erjuchen wir, alle unbefähigten Exemplare der „Verbandszeitung“...

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau. Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“...

Der Lage ist der 2. Hauptbeitrag fertig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Markenbestellungen.

Die Zeitschriftenbestände werden hiermit dringend erjucht...

Nicht zu vergessen ist, bei den Bestellungen zum Ausdruck zu bringen...

Der Verbandsratstand.

Einführung von Mitgliedslisten.

Die letzte erweiterte Bezirksleiterkonferenz sprach sich für die Einführung...

Der Verbandsratstand.

Freigegeben zum Kaufschreiben von Mitgliedslisten.

Die Teilnehmer der Bezirksleiterkonferenz am 4. August werden ersucht...

Der Verbandsratstand.

Erhöhung des Zeitschriftenbeitrags.

Die Zeitschrift Berlin erhöhte den Zeitschriftenbeitrag der niedrigsten...

Der Verbandsratstand.

Eingänge der Hauptliste vom 12. bis 19. August.

Heizen 129,02; Remondur 49,42; Stuttgart 206,24; Frankfurt 3...

Die Übersetzung für das 2. Quartal haben eingelaufen: Remondur...

Materialverband. Tabelle mit Spalten für verschiedene Materialien und deren Preise.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Berlin. Die Einführung des Hilfsdienstgesetzes macht sich jetzt auch...

Damit nun diese Kollegen auch regelmäßig ihre Beiträge...

Hiermit geben wir die Zahlstellen bekannt und machen darauf aufmerksam...

- Berlin: Gasse, SO. 33, Schließische Str. 32, Restaurant...

Verjammlungsanzeigen.

- Sonnabend, den 25. August. Umgehungen, 8 Uhr: Vereinslokal...

Verjammlungsanzeigen.

- Sonntag, den 26. August. Ortsnahl, 8 Uhr bei Benz, Lange Reihe 13...

Advertisement for 'Mein Ideal-Schuh' featuring an image of a shoe and text describing its quality.

Advertisement for 'Böttcher' featuring the text 'Ihrtige, militärfreie Böttcher' and contact information.